

---

**2280/J-BR/2004**

---

**Eingelangt am 20.12.2004**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## Anfrage

der Bundesrätinnen und Bundesräte Anna Elisabeth Haselbach, Bieringer, Prof. Konecny, Weilharter, Schennach  
und KollegInnen  
an die Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten  
betreffend die Beziehungen zwischen Österreich und der Republik Yemen

Zu den bedeutendsten Entwicklungen in der arabischen Welt gehört – gerade angesichts des Weiterbestehens geschlossener und häufig diktatorischer Regime in anderen arabischen Staaten – der Versuch der Republik Yemen einen demokratischen Weg zu gehen. Unter den ungünstigsten Rahmenbedingungen — wie dem Fortdauern einer archaischen Stammesgesellschaft in Teilen des Landes und die ständige Notwendigkeit, einen aggressiven Fundamentalismus zu bekämpfen – wird in diesem armen und unter einem gewaltigen Entwicklungsrückstand leidenden Land dennoch eine Politik der positiven Entwicklung betrieben, die Respekt abnötigt.

Wahlen, die unter den gegebenen Rahmenbedingungen bemerkenswert frei abliefen, merkbar freie und kritische Medien, eine klare Orientierung auf die Achtung des Menschenrechte und die Entwicklung einer lebendigen Szene von Nicht-Regierungsorganisationen charakterisieren das Land ebenso wie die Tatsache, dass die weitestgehende Benachteiligung der Frauen zumindest als Problemstellung zur Kenntnis genommen wird.

Eine Reihe von Staaten, darunter auch zahlreiche EU-Mitgliedsstaaten, leisten wohl auch deshalb Entwicklungshilfe und engagieren sich in vielfältiger Form zugunsten der Entwicklung des Yemen. Bedauerlicherweise befindet sich Österreich nicht darunter.

Ohne die Politik, die österreichische Entwicklungszusammenarbeit auf ausgewählte Schwerpunktländer zu konzentrieren, grundsätzlich in Frage stellen zu wollen, ist dennoch die Frage zu stellen, ob es angesichts der Notwendigkeit, flexibel reagieren zu können, nicht

sinnvoll wäre, zusätzliche Mittel zumindest für kleinere Projekte in solchen Staaten zur Verfügung zu stellen, die nicht zu den Schwerpunktländern gehören. Das auch mit geringem Mitteleinsatz beträchtliche Wirkung erzielt werden kann, beweist ein von der Stadt Wien durchgeführtes Projekt, das die Neuausstattung einer Lepra-Station im Yemen zum Gegenstand hatte und das auch insofern als beispielgebend angesehen werden kann, als die gesamte benötigte Ausstattung im Yemen selbst hergestellt wurde.

Gerade die Existenz zahlreicher initiativer NGOs im Yemen - insbesondere auch von höchst aktiven Frauen-Organisationen - würde es nahe legen, diese mit der Abwicklung von Projekten zu betrauen und damit zusätzlich auch noch Verwaltungskosten zu sparen.

Die unterzeichneten Bundesrätinnen und Bundesräte, die sich im Rahmen eines Besuches beim Shura-Council des Yemen über die Verhältnisse im Lande informieren konnten, richten daher an die Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten nachstehende

**Anfrage:**

1. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Konzeption der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit so zu erweitern, dass auch in Staaten, die keine Schwerpunktländer sind, Projekte in Angriff genommen werden können ?
2. Sind Sie insbesondere bereit, derartige Projekte in der Republik Yemen zu prüfen und diese in Zusammenarbeit mit NGOs in diesem Land abzuwickeln ?
3. Welche anderen Möglichkeiten sehen Sie, die Zusammenarbeit zwischen Österreich und der Republik Yemen zu intensivieren ?